

Englische Klimaschutzpolitik in Schwierigkeiten

geschrieben von Benny Peiser Gwpf | 12. September 2012

Die britische Regierung kann ihre teure Klimapolitik nicht mehr mit dem Stern-Bericht rechtfertigen

London, 4 September

Die Kosten der Regierungsmaßnahmen im Kampf gegen den Klimawandel treffen die Haushalte und die Industrie immer mehr, da weckt eine neue Studie der *Global Warming Policy Foundation* ernsthafte Zweifel an der Gültigkeit des sogenannten Stern-Berichts (Stern Review of the Economics of Climate Change), auf den sich die britische Regierung zur Rechtfertigung ihrer Klimapolitik beruft.

Die gehaltvolle Studie von Peter Lilley, Mitglied des Unterhauses, ist die bislang sorgfältigste Analyse des Stern-Berichts. Sie geht davon aus, dass die IPCC-Meinung von der Klimaerwärmung stimmt, zeigt aber auf, dass Sterns wirtschaftliche Folgerungen den Ansichten der meisten Umwelt-Ökonomen widersprechen, ja sogar dem IPCC selbst. Lilleys Studie führt auch zahlreiche Fehler und Verzerrungen im Stern-Bericht auf, „von denen jeder einzelne dazu geführt hätte, dass der Bericht nicht durch die Fachbegutachtung gekommen wäre.“

Weil Sterns Schlussfolgerungen die Politik unterstützten, die von der Regierung und der Opposition verfolgt wurde, und weil die sehr tendenziösen Annahmen nicht ausdrücklich erwähnt werden, war der Stern-Bericht ohne öffentliche Überprüfung akzeptiert worden.

Die neue Studie zeigt, dass der Stern-Bericht entscheidend auf „selektiver Faktenauswahl beruht, ungewöhnlichen wirtschaftlichen Annahmen beruht und in propagandistischem Stil geschrieben ist – damit wäre er nie durch die Fachbegutachtung gekommen.“

Peter Lilley charakterisiert den Bericht als „politisch begründete Beweisfindung“ und meint, dass die Regierung damit nicht länger die Ausgabe von vielen Milliarden Pfund rechtfertigen kann. Er fordert eine Rückkehr zu einer „auf Beweisen begründeten Politik“.

Sterns zentrale Schlussfolgerung lautet: „Wenn wir nichts tun, werden

die Gesamtkosten und Risiken des Klimawandels einem Verlust von wenigstens 5% des Welt-Brutto-Sozialprodukts jedes Jahr von nun an“ entsprechen, während die „Kosten des Handelns – Treibhausgasverminderung zur Vermeidung der schlimmsten Folgen des Klimawandels – auf etwa 1% des Bruttosozialprodukts begrenzt werden können“. Sie erweist sich als völlig falsch.

Lilley zeigt in seiner Studie, dass der Nutzen der Emissionsverminderung ab sofort und für immer nicht fünfmal höher ist als die Kosten, wie Stern behauptet. Er sagt: „Das wird durch verbale Akrobatik und damit verbundene Statistik-Sophisterei erreicht. Selbst mit Sterns Zahlen würden die kumulierten Kosten einer Treibhausgasverminderung den Nutzen bis nach 2100 übersteigen.“

Lilley führt weiter an: „Wenn wir Sterns Ratschlägen folgen, werden die Hauptverlierer neben den britischen Steuerzahlern und der britischen Industrie die Entwicklungsländer sein, die ihre Lebensstandards nur erhöhen können, wenn sie massiv mehr fossile Treibstoffe verbrennen und die damit den Großteil der Zunahme der Kohlenstoff-Emissionen verursachen.“

Er fragt: „warum sollte unsere vergleichsweise arme Generation die Opfer bringen, die Stern fordert, um den Lebensstandard von Menschen anzuheben, die erst 2200 leben werden und die, selbst wenn wir nichts gegen den Klimawandel tun – sogar im schlimmsten Szenario laut Stern – immer noch 7 mal besser dran sein werden als die Heutigen?“

Lilley fordert von der Regierung, sich mit ihrer Klimapolitik nicht mehr länger auf den fehlerhaften Stern-Bericht zu berufen und eine neue unabhängige Kosten/Nutzen-Studie für alternative Strategien zu beauftragen.

Übersetzung: Helmut Jäger, EIKE
Original des Artikels [hier](#).

Wir danken der GWPF für die Genehmigung zur Übersetzung und zum Abdruck.
Copyright © 2012 The GWPF. All Rights Reserved

Der vollständige Text der Studie (in Englisch) kann hier heruntergeladen werden.